



CAJ/43/6

ORIGINAL: englisch

DATUM: 19. Februar 2001

**INTERNATIONALER VERBAND ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN**  
GENF

**VERWALTUNGS- UND RECHTSAUSSCHUSS**

**Dreiundvierzigste Tagung**  
**Genf, 5. April 2001**

**NEUHEIT DER ELTERNLINIEN**

*Vom Verbandsbüro erstelltes Dokument*

1. Auf seiner einundvierzigsten Tagung vom 6. April 2000 in Genf erörterte der Verwaltungs- und Rechtsausschuß (nachstehend "der Ausschuß") die Verbindungen zwischen einer Hybridsorte und ihren Komponenten aus der Sicht der Neuheit. Bei seiner Entscheidung berücksichtigte er die Dokumente CAJ/41/5 und CAJ/41/5 Add.:

"Der Vorsitzende zog den Schluß, daß, wie von mehreren Verbandsstaaten geäußert, die grundlegende Ansicht über diese Frage die zu sein scheine, daß die Neuheit der Inzuchtlinien durch die Auswertung der Hybridsorte verlorengelasse. Er meinte indessen auch, daß von den verschiedenen auf der Tagung geäußerten Standpunkten Kenntnis zu nehmen sei. Er sei der Ansicht, daß der Ausschuß seine Erörterungen erschöpft habe und in diesem Stadium nicht weitergehen könne."

2. Durch diese Entscheidung akzeptiert der Ausschuß, daß verschiedene Standpunkte vertreten werden, zieht jedoch den Schluß, daß die Auffassung vertreten werden kann, die Neuheit der Inzuchtlinien gehe durch die Auswertung der Hybridsorte verloren. Der Grund für die Annahme dieses Standpunktes wäre zu gewährleisten, daß der Züchter nach dem Ablauf ihres Schutzes keinen faktischen Schutz der Hybridsorte mehr genießen kann, indem er den Schutz für Inzuchtlinien nachträglich erwirkt. Im Falle von Einfachhybriden könnte dieses Vorgehen einen faktischen Schutz zur Folge haben, der um 20 bis 40 Jahre verlängert würde, und im Falle komplexerer Hybriden könnte der Schutz noch weiter verlängert werden, für Dreiweghybriden beispielsweise auf 80 Jahre.

3. Die Möglichkeit für die Vertragsparteien, diese Ansicht zu vertreten, wurde in Dokument CAJ/41/5 durch den Hinweis auf das UPOV-Mustergesetz wie folgt verstärkt:

“5. Die Frage der Neuheit der Linien, aus denen die Formel einer Hybride besteht, bildete Gegenstand der nachstehenden Anmerkung im UPOV-Mustergesetz:

“Sonderfälle von Sorten, deren Erzeugung die fortlaufende Verwendung einer oder mehrerer anderer Sorten erfordert

6.6 Dieser Fall läßt sich an der Erzeugung hybriden Saatguts veranschaulichen. Dieses Saatgut ist “Vermehrungsmaterial” der betreffenden hybriden Sorte. Zugleich kann sie das “Erntegut” der Linien sein, die für die hybride Formel verwendet werden, oder als solches betrachtet werden; im Falle einer F<sub>1</sub>-Hybride werden beispielsweise die Samen der weiblichen Linie entnommen, während die männliche Linie nur angebaut wird, um die weibliche Linie zum Zwecke der Erzeugung von Samen zu befruchten. In einzelnen Ländern herrscht die Ansicht vor, daß der Verkauf oder die Übertragung hybriden Saatguts an Dritte zum Zwecke der Nutzung der hybriden Sorte eine Handlung ist, die für die Bewertung der Neuheit der in der Formel der Hybride verwendeten Linien von Belang ist.

6.7 Wenn dieser Aspekt weiterzuentwickeln ist, kann die nachstehende Bestimmung in die innerstaatlichen Rechtsvorschriften aufgenommen werden:

3. Setzt die Erzeugung einer Sorte die fortlaufende Verwendung einer oder mehrerer anderer Sorten voraus, ist der Verkauf oder die Übertragung des Vermehrungsmaterials oder des Ernteguts dieser Sorte an Dritte für die Neuheit der anderen Sorte oder der anderen Sorten von Belang.

6. Einige Staaten sahen ausdrücklich vor (oder ziehen in Betracht), daß “die gewerbsmäßige Verwertung einer Sorte, die für ihre Erzeugung die fortlaufende Verwendung einer anderen Sorte erfordert, die Neuheit der andere Sorte aufhebt” (dieser Wortlaut wird im Handbuch über das Sortenschutzgesetz des Vereinigten Königreichs von 1997 zitiert und bezieht sich auf die Bestimmungen, die dieselbe Wirkung haben wie die im Mustergesetz vorgeschlagene Bestimmung).”

4. ASSINSEL widersetzte sich dieser Ansicht in ihrem in der Anlage des Dokuments CAJ/41/5 Add. wie folgt dargelegten Standpunkt:

“Einige Ämter argumentieren, daß die Elternlinien von Hybriden, die bereits erzeugt und/oder verkauft wurden, deshalb nicht neu seien, weil das Saatgut der Hybridsorte “das Erntegut der Elternlinien” sei.

ASSINSEL ist der Ansicht, daß die Auslegung nicht richtig ist:

- Offensichtlich trifft dies nicht für die männliche Elternlinie zu.
- Es trifft auch nicht für die als weiblicher Elternteil der Hybride verwendete Linie zu, da die Nachkommenschaft, wenn das Erntegut der weiblichen Elternlinie angepflanzt wird, nicht die weibliche Elternlinie selbst sein wird. Das bedeutet, daß die Auslegung, die in Betracht zieht, daß die Hybridsorte das Erntegut der Elternlinien darstellt, nicht mit der UPOV-Begriffsbestimmung der Sorte übereinstimmt, die in Anbetracht ihrer Eignung, unverändert vermehrt zu werden, als Einheit angesehen wird.

Selbstverständlich müssen die Elternlinien wie alle übrigen Sorten die üblichen Neuheitskriterien erfüllen: Sie wurden durch den Züchter oder mit seiner Zustimmung zum Zwecke der Auswertung der Sorte nicht verkauft oder auf andere Weise an andere abgegeben.“

5. Der Ausschuß war indessen mit dem Standpunkt von ASSINSEL nicht einverstanden und entschied, wie oben erwähnt, daß die grundlegende Ansicht herrsche, daß die Neuheit der Inzuchtlinien so betrachtet werden kann, daß sie durch die Verwertung der Hybridsorte verlorengeht.

6. ASSINSEL ersuchte nun darum, daß der Ausschuß seinen Standpunkt aufgrund der in ihrem Schreiben vom 18. Oktober 2000 (siehe Anlage - nur auf Englisch) dargelegten Argumente überprüfe, d. h.:

- “• Es steht fest, daß keine Abgabe des “Vermehrungsmaterials der Sorte” (eine Elternlinie) an andere stattfindet.
- Läßt sich argumentieren, daß das als weibliche Elternlinie geerntete hybride Saatgut “Erntegut der Sorte” (die weibliche Elternlinie) ist? ASSINSEL führt an, daß die Antwort “Nein” laute, da jede schlüssige Auslegung des “Materials der Sorte” die genetische Übereinstimmung betonen muß. Der Abschnitt ist nicht so zu verstehen, daß er Erzeugnisse einschließt, die mit der Sorte nicht vereinbar sind. Wenn er dies täte, würde er “Erntegut der Sorte” erwähnen.
- Wäre jedoch, wider jede Logik, die Auslegung die, daß das hybride Saatgut das “Erntegut der Sorte” und nicht das aus der Sorte geerntete Material ist, wäre die Bedingung in Artikel 6 Absatz 1 nicht anwendbar, da er aussagt “zum Zwecke der Auswertung der (\*) Sorte.” Das hybride Saatgut wird zum Zwecke der Auswertung der Hybride, nicht der weiblichen Elternlinie, verkauft.
- Diese Auslegung wird auch unterstützt, weil sie die männlichen und die weiblichen Elternlinien gleich behandelt. Keine noch so kluge Auslegung von Artikel 6 wird eine Hybride zum “Erntegut” ihres männlichen Elternteils machen. Es wäre paradox, verschiedene Auslegungen des UPOV-Übereinkommens für die männliche und die weibliche Elternlinie zu haben.”

*7. Der Ausschuß wird ersucht zu prüfen, ob die Argumente von ASSINSEL einen neuen Aspekt darstellen, der den Ausschuß veranlassen sollte, seinen Standpunkt zu überprüfen, wonach die Auffassung vertreten werden kann, die Neuheit von Inzuchtlinien gehe durch die Verwertung der Sorte verloren.*

[Anlage folgt]

## ASSINSEL Position on Novelty of Parent Lines

**ASSINSEL**



Association internationale des sélectionneurs pour la protection des obtentions végétales  
International Association of Plant Breeders for the Protection of Plant Varieties  
Internationaler Verband der Pflanzenzüchter für den Schutz von Pflanzenzüchtungen

Nyon, October 18, 2000

Secrétariat:

Chemin du Reposoir 7  
1260 NYON (Suisse/Switzerland)  
Tél.: +41/22/365 44 20  
Fax: +41/22/365 44 21  
E-mail: [assinzel@jprolink.ch](mailto:assinzel@jprolink.ch)  
Web: <http://www.worldsaed.org>

M. Rolf Jördens  
Vice Secretary-General  
UPOV  
34, chemin des Colombettes  
1211 Genève-20

Dear Mister Jördens,

At its meeting of October 13<sup>th</sup>, 2000 the Executive Committee of ASSINSEL has considered very carefully the minutes of the CAJ meeting of April 6, 2000 (41<sup>st</sup> session). The Executive Committee asked me to forward the following comments to you.

### 1. Novelty of parental lines.

At the end of the discussion of the CAJ on that subject, the Chairman concluded that, as expressed by several member states, the basic view on this issue seemed to be that the novelty of the inbred lines was lost by the exploitation of the hybrid variety. He also stated, however, that note should be taken of the different positions expressed in the session. He considered that the Committee had exhausted its discussions and could not go further at this stage.

It is the contention of ASSINSEL that parent lines do not lose novelty through the sale of the hybrid using them as parents. This position is firmly based on the wording of the UPOV Convention.

We will use the 1991 Act of the Convention in our argumentation:

- We note that parent lines have no special status in the Convention. ASSINSEL has argued in the past they should have (in particular that hybrids should be defined in terms of their parents) but this argument has not been accepted when the Convention was revised in 1991. A parent line, accordingly, in UPOV Convention, is a variety like any other.
- The condition of novelty is defined by article 6.1 of the 1991 Convention: "The variety shall be deemed to be new if, at the date of filing of the application for a breeder's right, propagating or harvested material of the variety has not been sold or otherwise disposed of to others, by or with the consent of the breeder, for purposes of exploitation of the (\*) variety".  
How does this provision apply to parent lines when hybrids obtained from such lines are sold?

(\*) Underlined by ASSINSEL

- It is clear that no disposal of "propagating material of the variety" (a parental line) takes place.
- Can it be argued that the hybrid seed harvested as the female parent line is "harvested material of the variety" (the female parent line)? ASSINSEL argues that the answer is no as any consistent interpretation of "material of the variety" must emphasize genetic conformity. The section is not intended to include products which are not conform to the variety. If it were, it would say "material harvested from the variety".
- If however, contrary to logic, the interpretation that hybrid seed is the "harvested material of the variety" and not the material harvested from the variety, the condition of article 6.1 would not apply as it says "for purposes of exploitation of the (\*) variety". The hybrid seed is sold for the purpose of exploitation of the hybrid, not the female parental line.
- This interpretation is also supported because it treats both male and female parent lines alike. No sensible construction of article 6 will make a hybrid "harvested material" of its male parent. It would be paradoxical to have different interpretation of the UPOV Convention for the male parent line and the female one.

ASSINSEL would like to have that issue review by the CAJ at the light of these arguments.

## 2. Breeder's exemption, in particular as regards parent lines.

At the end of the discussion of the 41<sup>st</sup> CAJ, on April 6<sup>th</sup>, the Chairman concluded that "the UPOV Convention does not provide any obligation to make parent material available to third parties and that it is a matter to be decided at the national level".

ASSINSEL agrees with the first part of the statement but strongly disagrees with the second part indicating that "it is a matter to be decided at the national level".

This position is based on the wording of the Convention:

- We note that parent lines have not special status in the Convention. A parent line, accordingly, in UPOV Convention is a variety like any other.
- Article 17 (1) provides that "Except where expressly provided in this Convention, no Contracting Party may restrict the free exercise of a breeder's right for reasons other than of public interest". The obligation to make plant material of a protected variety available to third parties would result in a restriction of the breeder's right not expressly provided for in the Convention and therefore would be contrary to it.
- Article 22 provides for reasons for cancellation of the breeder's right. An exhaustive list is given and not rendering material of the variety available to third parties is not listed. Reasons other than those referred in the list are contrary to the Convention.

(\*) Underlined by ASSINSEL

- Article 5 (1) gives the criteria to be satisfied for granting protection: the breeder's right shall be granted where the variety is: (i) new, (ii) distinct (iii) uniform and (iv) stable.  
Article 5 (2) states that "the grant of the breeder's right shall not be subject to any further conditions, provided that the variety is designated by a denomination...". Addition of a new criteria for granting protection by a Member State would be contrary to the Convention.

To conclude, ASSINSEL considers that the UPOV Convention does not provide any obligation to make plant material available to third parties (including parent material) and that there is no possibility for Member States to add that provision at national level.

It is sometimes argued that material of the variety should be made available to third parties to parallel the "enabling disclosure" of the patent right. But Plant Variety Protection differs from patent protection and it is not acceptable to parallel some criteria for patent and breeder's rights but not others, and in particular in this case the research exemption. The disclosure of "how to make and use" is vital to patent protection of inventions but it forms not part of the plant variety protection system: the breeder must be able to reproduce his variety uniform and stable, but he has no obligation to teach the public how.

### 3. Marking of protected varieties.

ASSINSEL was requested to report to the CAJ the result of their internal discussion on the interest of having an harmonized mark for variety protected by breeder's right.

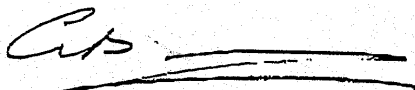
The opinion of the ASSINSEL Executive Committee is such harmonization at global level is not necessary and could even be misleading.

- The protection given by the plant breeder's right is territorial and, as the seed is moving internationally marking could be misleading.
- The scope of the protection differs according to the 1978 and 1991 acts of the Convention. To avoid any misinterpretation it would be probably necessary to have two different marks.

The decision to mark protected varieties should be left to national offices and seed industries.

I am sorry for the lateness of sending you these comments due to the calendar of ASSINSEL meetings, but I hope that it would be possible to discuss them, during the next 42<sup>nd</sup> CAJ meeting.

With best regards,



Bernard Le Buanec  
Secretary General

[Fin de l'annexe et du document/  
End of Annex and of document/  
Ende der Anlage und des Dokuments/  
Fin del Anexo y del documento]